

## Pressespiegel vom 03.02.2012

### **Sächsische Zeitung**

#### **Rechtsextreme melden ihren Aufmarsch ab**

*Für den 18. Februar gibt es keine Demo-Anmeldung aus dem rechten Lager mehr. Für eine Entwarnung ist es aber noch zu früh.*

Schon im Januar hat die „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“ die Anmeldungen für drei Versammlungen zurückgezogen. Die Veranstalter des bislang größten Aufmarschs von Rechtsextremisten anlässlich des Jahrestages der Zerstörung Dresdens wollen in diesem Jahr auf alle Kundgebungen verzichten. Sie hatten in Dresden drei Versammlungen für den 11., 13. und 18. Februar angemeldet. Das bestätigte das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) gestern.

„Die umfangreichen Proteste gegen die Demonstrationen am 19. Februar 2011 waren für die Rechtsextremisten eine Niederlage“, sagte ein LfV-Sprecher. In der Szene werde schon länger diskutiert, doch es habe sich noch keine neue Strategie durchsetzen können, wie Demos erfolgreich durchgeführt werden können.

#### **Noch ein Marsch am 13.**

Als einzige „Gedenkveranstaltung“ sei ein Trauermarsch am 13. Februar geplant – von einem „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“, einer von den „Freien Kräften Dresden“ dominierten, neonationalsozialistischen Gruppe. Es werde wie in früheren Jahren mit 1.000 bis 2.000 Teilnehmern gerechnet. Über eine Mobilisierung im Ausland sei nichts bekannt, so das LfV.

Rathaussprecher Kai Schulz bestätigte, dass für den 18. Februar in Dresden keine Anmeldungen des rechten Spektrums vorliegen. „Für eine Entwarnung ist es aber zu früh, wir müssen abwarten, was am 13. passiert.“ Auch kurzfristige Demo-Anmeldungen seien möglich. Das Bündnis „Dresden nazifrei“ ruft schon seit Wochen zu den umstrittenen Blockaden von Nazi-Aufmärschen auf – für den 13. und den 18. Februar. (lex)

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2979403>

---

#### **Dresden ermittelt gegen Linke in Hessen**

Wiesbaden/Dresden. Die Staatsanwaltschaft Dresden kann wegen einer Anti-Nazi-Demonstration im Februar 2011 gegen die beiden Fraktionschefs der hessischen Linken ermitteln. Der Landtag in Wiesbaden hob am Mittwochabend mit den Stimmen von CDU und FDP die Immunität der Abgeordneten Janine Wissler und Willi van Ooyen auf. Die Ermittler halten sie für „Rädelsführer“ einer nicht genehmigten Blockade. Der parlamentarische Geschäftsführer der Linken, Hermann Schaus, sprach von einem politischen Verfahren. Die Opposition stimmte gegen die Entscheidung. Die Linke kritisierte, nach der Nazi-Mordserie verfolge man nun ausgerechnet Demonstranten gegen Rechts.

Die sechs hessischen Landtagsabgeordneten der Linken hatten am 19. Februar 2011 einen Nazi-Marsch blockiert, der zum Jahrestag der Zerstörung Dresdens 1945

---

geplant war. Von allen Demonstranten hat die Staatsanwaltschaft Dresden nur die Fraktionschefs der Linken aus Hessen, Thüringen und Sachsen angeklagt. (dpa)  
[http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Dresden\\_ermittelt\\_gegen\\_Linke\\_in\\_Hessen/articleid-2979214](http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Dresden_ermittelt_gegen_Linke_in_Hessen/articleid-2979214)

---

### **Jenaer Bündnis unterstützt Aktionen gegen Rechts in Dresden**

**Jena.** In Thüringen formiert sich abermals große Unterstützung für Aktionen gegen Aufmärsche von Rechtsextremen zum Jahrestag der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg. In Jena rief am Freitag der Runde Tisch für Demokratie alle Bürger der Stadt auf, sich an Protestaktionen in der sächsischen Hauptstadt zu beteiligen.

Der Aufruf wird auch von Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) und Stadtjugendpfarrer Lothar König unterstützt. Gerade in diesem Jahr sei es enorm wichtig, dass von Jena Aktionen gegen Rechtsextremismus ausgehen, betonte Schröter. Hier war das rechtsextreme Terrortrio Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe vor seinem Abtauchen in den Untergrund zu Hause.

Am Donnerstag hatten schon Linke und Grüne in Thüringen dazu aufgerufen, sich an den Protesten in Dresden zu beteiligen. (dpa)

[http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Jenaer\\_Buendnis\\_unterstuetzt\\_Aktionen\\_gegen\\_Rechts\\_in\\_Dresden/articleid-2979567](http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Jenaer_Buendnis_unterstuetzt_Aktionen_gegen_Rechts_in_Dresden/articleid-2979567)

---

### **Dresdner Neueste Nachrichten**

#### **Neonazi-Aufmarsch am 18. Februar in Dresden wurde abgesagt – keine Entwarnung**

*dpa*

Dresden. Rechtsextreme haben ihren geplanten Aufmarsch am 18. Februar in Dresden abgesagt. „Es liegen derzeit keine Anmeldungen aus dem rechten Lager mehr vor“, sagte Rathaussprecher Kai Schulz am Freitag und bestätigte damit Medienberichte. Die „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“ habe sämtliche Anmeldungen für den 11., 13. und 18. Februar zurückgezogen.

Für eine Entwarnung sei es aber noch zu früh, sagte Schulz. Bis zu 48 Stunden vorher könnten noch Demonstrationen angemeldet werden. „Wir sollten erst einmal abwarten, wie der 13. Februar verläuft.“ Für diesen Tag, den Jahrestag der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg, liegen zehn Anmeldungen für Demonstrationen vor, davon eine von Rechtsextremen.

© DNN-Online, 03.02.2012, 10:54 Uhr

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail/-/specific/Neonazi-Aufmarsch-am-18-Februar-in-Dresden-abgesagt-1582375924>

---

## **Naziaufmärsche in Dresden - alles konzentriert sich auf den 13. Februar**

*DNN / sl / dpa*

Dresden. In Dresden wird es in diesem Jahr voraussichtlich keinen Nazi-Aufmarsch am 18. Februar geben. Wie der sächsische Verfassungsschutz am Donnerstag mitteilte, habe die Junge Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) ihre für den 11., 13. und 18. Februar angemeldeten Aufzüge allesamt abgesagt. Damit konzentriert sich in diesem Jahr voraussichtlich alles auf den eigentlichen Jahrestag der Bombardierung Dresdens, den 13. Februar. „Es liegen derzeit keine Anmeldungen aus dem rechten Lager mehr vor“, bestätigte Rathaussprecher Kai Schulz am Freitag.

Ursprünglich war erwartet worden, dass die Rechtsextremen wie im Vorjahr den Samstag nach dem Jahrestag für ihren Großaufmarsch nutzen. Der vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften JLO scheint es nach den Ereignissen vom Februar 2011 allerdings nicht gelungen zu sein, ausreichend Rechte zu mobilisieren, auch da die Gegner rund um das Bündnis Dresden-Nazifrei angekündigt hatten, die Nazi-Demo auch in diesem Jahr wieder mit bis zu 20.000 Personen blockieren zu wollen. Zudem fehlt es der JLO laut Verfassungsschutz nach zwei gescheiterten Anläufen in Dresden inzwischen an Glaubwürdigkeit innerhalb der rechten Szene.

Für den 13. Februar liegen zehn Anmeldungen für Demonstrationen vor, davon eine von Rechtsextremen. Wann und wo diese startet, ist bisher unbekannt. Zudem gedenkt Dresden an diesem Tag mit zahlreichen Aktionen der Bombenopfer, unter anderem auf dem Heidefriedhof und auf dem Neumarkt. Die AG 13. Februar beginnt um 17 Uhr mit ihrer Menschenkette, bereits für 13 Uhr plant das Bündnis Nazifrei unter dem Motto „Täterspuren“ einen Rundgang zu den Orten des nationalsozialistischen Terrors in Dresden. Zudem will Dresden-Nazifrei wie im Vorjahr versuchen, die Nazi-Demo zu blockieren. Da es sich allerdings um einen Montag handelt, dürften dafür weniger Blockade-Teilnehmer anreisen, als in den Vorjahren.

Die Frage der Rechtmäßigkeit von Blockaden ist weiterhin höchst umstritten. Selbst innerhalb der evangelischen Kirche ist man sich alles andere als einig, ob diese Protestform legitim ist. „Die Aufrufe führender Bundespolitiker von SPD und B90/Grüne sowie führender Kirchenleute von außerhalb Sachsens zu Blockaden schaden unserer Stadt. Bundespolitiker sollten beispielhaft die Grundrechte schützen und nicht zu ihrem Bruch aufrufen“, teilte die Dresdner CDU-Fraktion mit. „Blockaden als Form der Selbstjustiz lehne ich ab. Es ist Sache der Polizei, Gesetzlichkeit herzustellen“, sagte auch der Präsident der Handwerkskammer, Claus Dittrich.

Am 18. Februar hat die AG 13. Februar eine große Kundgebung auf dem Schlossplatz angekündigt. Deren Moderator, Frank Richter, plädierte am Freitag noch einmal für Präsenz auf den Straßen. „Wir sollten nicht den Tag vor dem Abend loben“, sagte er mit Blick auf noch mögliche Anmeldungen von Rechten-Demos. „Und ich kann mir gut vorstellen, dass wir an unserer geplanten Kundgebung festhalten“, sagte Richter zu der ursprünglich als Gegenveranstaltung gedachten Aktion der städtischen Arbeitsgruppe. „Die Kundgebung ist nicht nur Protest, sie soll ein Bekenntnis der Menschen zur Demokratie werden“, sagte er.

Der Chef der Linkspartei in Sachsen, Rico Gebhardt, wertete die Absage als großartigen Erfolg. Dieser sei denjenigen zu verdanken, die gegen diese Veranstaltung mobil gemacht hätten. Dennoch sollten am 18. Februar möglichst viele Menschen auf den Straßen Dresdens präsent sein, um gegen möglicherweise doch anreisende Neonazis Gesicht zu zeigen.

Wie DNN-Online erfuhr, will das Bündnis Dresden-Nazifrei am 18. Februar in jedem Fall Präsenz in Dresden zeigen. Zudem könne sich die Lage laut Kai Schulz noch deutlich verändern. Für eine Entwarnung sei es zu früh, sagte er. Bis zu 48 Stunden vorher könnten noch Demonstrationen angemeldet werden. „Wir sollten erst einmal abwarten, wie der 13. Februar verläuft.“

© DNN-Online, 03.02.2012, 15:39 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/Naziaufmaersche-in-Dresden-alles-konzentriert-sich-auf-den-13-Februar-405754138>

---

## **BILD, Ausgabe Dresden**

### **Polizisten fordern friedliches Gedenken - keine Blockaden**

*Freitag, 03. Februar 2012, 14:31 Uhr*

Dresden (dpa/sn) - Sächsische Polizisten haben zu einem friedlichen Gedenken an die Zerstörung Dresdens am 13. Februar aufgerufen. «Die Bevölkerung Dresdens möchte Ruhe haben, sie möchte nicht, egal, von welcher Fraktion, ihr Gedenken missbraucht wissen», heißt es in einem am Freitag veröffentlichten Aufruf des Landesverbandes der Deutschen Polizeigewerkschaft DPolG. Dabei müsse auch von Blockaden angekündigter Neonazi-Demonstration abgesehen werden.

<http://www.bild.de/regional/dresden/dresden-regional/polizisten-fordern-friedliches-gedenken--22441840.bild.html>

---

## **Mitteldeutscher Rundfunk**

### **Naziaufmärsche am 18. Februar in Dresden abgesagt – Audiobeitrag MDR 1 Radio Sachsen**

[http://www.mdr.de/sachsen/dresden/audio168550\\_zc-cf5ff0a4\\_zs-6689deb8.html](http://www.mdr.de/sachsen/dresden/audio168550_zc-cf5ff0a4_zs-6689deb8.html)

---

### **Rechtsextreme machen Rückzieher: Offenbar kein Neonazi-Aufmarsch am 18. Februar in Dresden**

Der befürchtete Großaufmarsch von Rechtsextremen am 18. Februar in Dresden findet offenbar nicht statt. Ein Sprecher der Stadtverwaltung erklärte am Freitag, die "Junge Landsmannschaft Ostdeutschland" habe ihre Anmeldung für eine Kundgebung zurückgezogen. Auch andere Anmeldung aus dem rechtsextremen Lager gebe es für diesen Tag nicht. Eine endgültige Entwarnung, dass die Neonazis von der Großkundgebung absehen, will die Stadt aber noch nicht geben. "Das kann sich jederzeit ändern", sagte der Stadtsprecher. Da Versammlungen bis zu 48 Stunden vor dem entsprechenden Termin angemeldet werden könnten, müsse jederzeit damit gerechnet werden, dass sich die Lage ändere.

Aufmarsch am 13. Februar findet statt

Der rechtsextreme Aufmarsch am 13. Februar, dem eigentlichen Jahrestag der Zerstörung Dresdens, findet dagegen statt. Laut Stadtverwaltung hat eine Privatperson, die zur rechtsextremen Szene gehört, für diesen Tag eine Veranstaltung angemeldet. Auch die geplanten Gegendemonstrationen für beide Tage sollen stattfinden. Am 13. Februar soll um die Dresdner Altstadt eine Menschenkette gebildet werden. Fünf Tage später ist weiterhin eine Großkundgebung mit 10.000 Menschen geplant.

Nach Einschätzung des sächsischen Verfassungsschutzes ist es noch unklar, wie sich die Neonazi-Demo am 13. Februar mit schätzungsweise 1.000 bis 2.000 Teilnehmern gestalten wird. Es wäre auch noch nicht abzusehen, wie die rechtsextremistische Szene auf eine mögliche Behinderung ihres sogenannten Trauermarsches reagieren werde, teilte das Landesamt mit. Es könne dann außerhalb Dresdens - eventuell im gesamten Bundesgebiet - zu nicht angemeldeten Demonstrationen kommen. Konkrete Planungen wären jedoch nicht bekannt.

"Großartiger Erfolg"

Der Landesvorsitzende der sächsischen Linken, Rico Gebhardt, wertet die vorläufige Absage als "großartigen Erfolg" aller demokratischen Kräfte. Dennoch sollten am 18. Februar möglichst viele Menschen in Dresden auf die Straße gehen "und Gesicht zeigen gegen möglicherweise doch anreisende Neonazis", sagte Gebhardt. Auch am 13. Februar sollten die Dresdner den Rechtsextremen friedlich und entschlossen entgegentreten.

Anlass für die Aufmärsche der Rechtsextremen sind die alliierten Luftangriffe, die vom 13. bis zum 15. Februar 1945 stattfanden. Seit Jahren versuchen Neonazis, die Trauer um die Toten für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen. In der Vergangenheit kamen bis zu 6.500 Neonazis aus ganz Europa nach Dresden. Seit zwei Jahren werden die Aufmärsche durch Gegendemonstranten blockiert, auch in diesem Jahr sind Blockaden geplant.

Zuletzt aktualisiert: 03. Februar 2012, 17:54 Uhr

<http://www.mdr.de/sachsen/aufmarsch-abgesagt100.html>

---

## **Proteste gegen Neonazis in Dresden: Bürgerrechtler prangern Umgang mit Demonstranten an**

Die Kritik am Umgang von Polizei und Politik mit Demonstranten, die vor einem Jahr in Dresden gegen Neonazi-Aufmärsche protestiert hatten, reißt nicht ab. Eine Untersuchungskommission des Kölner Grundrechtekomitees stellte in einem 60-seitigen Bericht fest, dass das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit "ohne Not" eingeschränkt worden sei. Die Kommission, zu der Anwälte und Vertreter von SPD, Grünen und Linken gehören, legte den Bericht am Donnerstag in Berlin vor. Sie sieht darin sogar die Demokratie in Sachsen gefährdet.

## Bericht gibt Behörden Mitverantwortung an Krawallen

Anstoß für die Untersuchungen war der Umgang mit den Protesten gegen den Aufmarsch Tausender Rechtsextremer am 19. Februar 2011. Dabei war es in der sächsischen Landeshauptstadt zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen. In den Monaten danach ging die sächsische Justiz gegen Randalierer und auch Blockierer der Neonazi-Aufmärsche vor. Die Verantwortung für die Krawalle, bei denen mehr als 100 Polizisten verletzt wurden, sieht die Untersuchungskommission auch bei den Behörden. Das Konzept der Polizei, Rechtsextreme und Gegendemonstranten durch die Elbe räumlich voneinander zu trennen, "erzeuge fast zwangsläufig Konfrontationen". Die Entscheidung, wo und wann demonstriert werde, dürfe nicht bei der Versammlungsbehörde, sondern bei den Bürgern liegen.

## Überwachung habe das "demokratisch erträgliche Maß" überschritten

Scharf kritisiert das Grundrechtekomitee auch die Arbeit der Ermittlungsbehörden. Die Überwachung und Datenerfassung von Demonstranten habe "jedes demokratisch erträgliche Maß" überschritten. Indem engagierte Bürger bereits im Vorfeld kriminalisiert worden seien, sollten sie von der Teilnahme an den Demonstrationen abgeschreckt werden. "Das aber gefährdet die Demokratie in ihren Fundamenten", argumentiert die Kommission. Besondere Erwähnung in dem Bericht findet die sogenannte Funkzellenabfrage durch Polizei und Staatsanwaltschaft, bei der mehr als eine Million Handydaten von Demonstranten, aber auch Anwohnern, Journalisten und Politikern erfasst wurden. Diese Technik sei ursprünglich zur Abwehr terroristischer Angriffe gedacht gewesen, heißt es in dem Bericht.

## Forderung nach angemessenem Umgang mit Demonstranten

Mit Blick auf die in wenigen Tagen bevorstehenden Proteste forderte die Kommission einen angemessenen Umgang von Polizei und Staatsanwaltschaft mit den Demonstranten. Selbst die in Sachsen so umstrittenen Blockaden von Neonazi-Aufmärschen stünden laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts unter dem Schutz der Versammlungsfreiheit, wurde argumentiert. Eine Auflösung der Blockaden dürfe nur friedlich erfolgen – im Notfall durch Wegtragen der Personen. Der Einsatz von Wasserwerfern oder Pfefferspray müsse dagegen ausgeschlossen werden. Kommissionsmitglied und Rechtsanwalt Peer Stolle sagte, die bereits ausgesprochenen Drohungen der Polizei ließen jedoch "das schlimmste befürchten". So sei der Einsatz von Wasserwerfern bereits angekündigt worden.

Als Anlass für die Aufmärsche dienen den Rechtsextremen die alliierten Luftangriffe vom Februar 1945, bei denen Dresden stark zerstört wurde. Seit Jahren versuchen Neonazis, die Trauer um die Toten für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen. Das Bündnis "Dresden Nazifrei" hat bereits zu Blockaden der Aufmärsche aufgerufen. Eine von der Stadt Dresden ins Leben gerufene überparteiliche Arbeitsgemeinschaft will mit einer Großdemonstration in der Altstadt gegen die Rechtsextremen demonstrieren.

Zuletzt aktualisiert: 02. Februar 2012, 17:03 Uhr

<http://www.mdr.de/sachsen/proteste-gegen-neonazis100.html>

---

## **Grundrechtekomitee kritisiert sächsischen Umgang mit**

Eine Untersuchungskommission von Bürgerrechtlern hat wegen des Umgangs mit den Anti-Nazi-Protesten im Februar 2011 Vorwürfe gegen die Dresdner Polizei erhoben. Überwachungen und Datenerfassungen bei den Gegendemonstrationen hätten jedes demokratisch erträgliche Maß überschritten, erklärte das Gremium in Berlin. Bereits die Vorbereitung der Proteste sei kriminalisiert worden. Der "Untersuchungskommission 19. Februar" gehören neben Juristen unter anderem Vertreter der Gewerkschaft Ver.di, der Grünen und der Linken an.

<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/nachrichten114.html#anchor2>

---

## **Radio Dresden**

### **Polizei bereitet ihre Einsätze am 13. und 18. Februar vor**

Polizei bereitet Einsätze am 13. und 18. Februar vor. Bisher ist zwar lediglich für den 13. ein großer Neonazi-Aufmarsch angemeldet, der für den 18. wurde abgesagt, die Lage kann sich aber noch ändern, sagte ein Stadtsprecher. Vor allem die Situation am 18. Februar sei noch undurchsichtig, bestätigte auch die Polizei. Wie die Einsatzkonzepte aussehen, bleibt vorerst geheim. Kerngebiete seien aber Aufmärsche der Rechtsextremisten, hieß es. Insgesamt sind an beiden Tagen 4.500 Beamte aus ganz Deutschland im Einsatz.

<http://www.radiodresden.de/nachrichten/lokalnachrichten/polizei-bereitet-ihre-einsaetze-am-13-und-18-februar-vor-511575/>

---

## **Radio PSR**

### **Dresden: Weniger rechte Aufmärsche angemeldet**

*03.02.2012, 05:28 Uhr*

Möglicherweise bleibt es in Dresden rund um den 13. Februar dieses Jahr ruhig. Die rechtsextreme Junge Landsmannschaft Ost, die in den vergangenen Jahren die Aufmärsche immer angemeldet hatte, hat mehrere Anmeldungen für dieses Jahr zurückgezogen. Geplant sei lediglich eine Veranstaltung am 13. Februar, hieß es von der Stadt. Dennoch bereite man sich auf Aktionen der Neonazis vor. Theoretisch könnten auch kurzfristig noch Demonstrationen vom rechten Spektrum angemeldet werden, so ein Sprecher.

[http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2737911/Dresden\\_Weniger\\_rechte\\_Aufmaersche\\_angemeldet.html](http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2737911/Dresden_Weniger_rechte_Aufmaersche_angemeldet.html)

---